

Sommarugas heikler Hürdenlauf

Die Justizministerin will tiefere Zinsen für Kredite und hält eine kritische Studie geheim

Von Dominik Feusi, Bern

Nachdem feststeht, dass sich die Zusammensetzung der Landesregierung ändern wird, sind die Bundesräte in Eile, ihnen wichtige Geschäfte noch rasch durch das Gremium zu bringen. Dazu gehört auch Justizministerin Simonetta Sommaruga.

Sie will nämlich schon seit Sommer 2014 den Höchstzins bei Konsumkrediten senken. Dieser beträgt heute 15 Prozent. Der Anstoss dazu kommt nicht etwa aus dem Parlament, sondern von ihren Kolleginnen bei der Stiftung für Konsumentenschutz, bei der Sommaruga vor ihrer Wahl in den Bundesrat Präsidentin war. Als solche setzte sie sich selber vehement für einen tieferen Höchstzins ein. Die Konsumentenschützer versprechen sich dadurch günstigere Kredite und weniger Probleme bei der Rückzahlung der Schulden.

Druck aus dem Parlament

Vor bald einem Jahr schickte sie dazu einen Vorschlag in die Vernehmlassung. Der Bundesrat müsste demnach einmal im Jahr den Höchstzins zehn Prozent über dem in London errechneten Libor-Zinssatz ansetzen. Das würde aktuell bedeuten, dass der

Zinssatz von heute 15 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt würde. Eigentlich hatte Sommaruga dem Vernehmen nach einen noch tieferen Höchstzins von acht Prozent gefordert, scheiterte damit aber in der Regierung. Gleichzeitig erteilte der Bundesrat dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) den Auftrag, die volkswirtschaftlichen Folgen von Sommarugas Idee abzuklären. In der Vernehmlassung äusserten sich die Wirtschaftsverbände ablehnend, während die Konsumentenschützer die Senkung befürworteten. Bis heute sind die Stellungnahmen der Vernehmlassung nicht veröffentlicht worden.

Diesen Sommer begann für Sommaruga allerdings erst der gesetzgeberische Hürdenlauf. Bürgerliche Mitglieder aus der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates forderten eine Diskussion, die im August allerdings noch ohne die Ergebnisse der Seco-Studie stattfand. Damals unterstützte die Kommission Sommaruga dem Vernehmen nach mit 14 gegen 10 Stimmen. Jetzt liegt die Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel vor und deren Resultate sind vernichtend. Vom federführenden Bundesamt für Justiz wird sie unter Verschluss gehalten, der BaZ liegt sie vor.

Die Senkung des Höchstzinssatzes würde die Kredite gemäss dieser Studie gar nicht billiger machen, sondern bloss schlechte Kreditnehmer zum Ausweichen auf andere Instrumente verleiten. Das Ziel, soziale Problemfälle wegen Schulden zu verringern, werde nicht erreicht.

Nicht wirksam zur Prävention

Es gebe zudem «wenige Indizien dafür, dass Konsumkredite die Treiber hinter der Überschuldung» seien, hält die Studie fest. Viel wichtiger zur Schuldenprävention sei die bereits heute vorgeschriebene Kreditfähigkeitsprüfung. Die Studie unterstützt zwar den Übergang zu einem variablen Modell, bei dem der Höchstzins jährlich festgelegt wird, erachtet die Begrenzung auf 10 Prozent über dem Libor-Zins als volkswirtschaftlich schädlich und nicht wirksam zur Schuldenprävention. Nur in den seltensten Fällen seien heute Kredite die Ursache von Überschuldung.

Das Ziel der Prävention werde nur bei kurzlebigen Konsum erreicht, wie beispielsweise Ferien oder Freizeitaktivitäten. Doch diese Kredite sind gemäss Studie selten: nur gerade zwei Prozent der Bevölkerung machten dafür Schulden. Aufgrund einer Analyse der anony-

men Daten der vier grössten Kreditinstitute, hätten 2014 fast zwei Drittel der Barkreditgelder und 84 Prozent der Kredite auf Kredit- und Kundenkarten nicht mehr ausgeliehen werden dürfen. Das hätte 0,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes und mehr als ein Prozent des privaten Konsums ausgemacht.

Ein Höchstzinssatz hätte also grosse volkswirtschaftliche Auswirkungen, wenn dieses Kreditvolumen nicht mehr vorhanden wäre. Wenn aber das Kreditvolumen zusammenbricht, dürften Anbieter vom Markt verschwinden, was den Wettbewerb einschränken und die Kredite für alle verteuern würde. Heute funktioniert der Wettbewerb gemäss einer Untersuchung der Wettbewerbskommission hingegen gut. Die Studie befürchtet gar, dass die Kreditinstitute die sinkenden Zinseinnahmen mit höheren Kreditkartengebühren bei allen Kunden wieder hereinholen könnten.

Anfang November wird sich die WAK noch einmal mit dem Thema beschäftigen, diesmal in Kenntnis der Seco-Studie. Simonetta Sommaruga dürfte allerdings nicht aufgeben. Sie warte auf eine Bundesratssitzung, an dem ein bürgerlicher Kollege fehle, um die Verordnungsänderung bis Ende Jahr doch noch durchzubringen, heisst es.

Widmer-Schlumpfs Erbe droht ein Debakel

Die Energielenkungsabgabe des Bundesrats stösst auf harten Widerstand von allen Seiten

Von Daniel Ballmer, Bern

Eveline Widmer-Schlumpf hatte sich redlich bemüht. Vor versammelter Medienschar versuchte die Finanzministerin am Mittwoch, über die Lenkungsabgabe auf Brennstoffe und Strom zu informieren. Allein, es wollte niemand hören. Alles wartete gebannt auf die Rücktrittsankündigung der BDP-Magistrin. Und so will der Bundesrat die Schweizer Energiepolitik umkrempeln – und kaum einer nimmt zur Kenntnis. Bis zum Ziel der Regierung ist es aber ein weiter Weg. Trotz Nachbesserungen bleibt die Kritik von Parteien sowie Umwelt- und Wirtschaftsverbänden.

Um die Energiewende voranzutreiben, soll das Förderungssystem ab 2021 auf ein Lenkungssystem umgestellt werden. Die heutigen Subventionsmassnahmen wie die kostendeckende Einspeisevergütung KEV oder Gebäudeprogramme werden abgebaut. Das soll aber nicht mehr zu einem fixen Termin geschehen. Vielmehr plant der Bundesrat, die Fördermassnahmen zeitlich abhängig von der Einführung der Lenkungsabgaben aufzuheben. Damit berücksichtigt er Einwände in der Vernehmlassung.

Ansonsten aber lässt die Regierung vieles offen. Definiert werden etwa nur die Eckwerte einer Lenkungsabgabe. So soll beispielsweise deren Höhe erst vom

Parlament im Gesetz beschlossen werden. Damit wollte der Bundesrat wohl nicht gleich von Anfang an zu viel Angriffsfläche bieten. Der Plan aber geht nicht auf. Auch weiterhin trifft die Vorlage auf breiten Widerstand. Mittel-links ist das Ganze immer noch zu vage, während die Bürgerlichen und Wirtschaftsverbände hohe Kosten und Nachteile für Unternehmen befürchten.

Links-Grün befürchtet Rückschritt

Die Grünen würden zwar wie die meisten Parteien eine Lenkungsabgabe grundsätzlich unterstützen. Aber nicht auf diese Weise. So kritisieren sie, dass Treibstoffe wie bis anhin in einer ersten Phase von der Abgabe ausgenommen bleiben. Den Verzicht begründet der Bundesrat damit, dass in der Vorlage zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds bereits eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um sechs Rappen pro Liter vorgesehen ist. In einer befristeten Übergangszeit sollen die Erträge aus den Abgaben den bisherigen Förderzwecken zugutekommen. Danach sollen sie an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt werden. Die Belastung der Haushalte und der Unternehmen werde darum nicht ansteigen.

Die Grünen dagegen warnen davor, die bestehenden Fördermassnahmen abzubauen, «solange es keine Garantie dafür gibt, dass die Lenkungsmassnah-

men mindestens den gleichen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz leisten». Diese Gefahr erkennt auch der Baselbieter SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Würden mit der Verfassungsbestimmung zuerst die Rahmenbedingungen und erst danach das Gesetz erarbeitet, «lässt das dem Gesetzgeber Tür und Tor offen». Zuletzt stehe man plötzlich mit weniger da als heute.

Noch deutlicher wird Martin Bäumle: «Mit dieser Vorlage würden wir die Katze im Sack kaufen», sagt der Präsident der Grünliberalen. Es sei völlig unklar, wie die Verfassungsbestimmung im entsprechenden Gesetz konkret ausgestaltet würde. «Mit dem nach rechts gerückten Parlament habe ich wenig Hoffnung auf einen Fortschritt», sagt Bäumle. Besser wäre es, Schritt für Schritt auf dem Gesetzesweg konkret voranzuschreiten. Als erstes schlägt die GLP eine Abgabe auf Graustrom vor. «In dieser Form aber befürchte ich eine Totgeburt – und das nicht wegen der GLP», sagt Bäumle. Mit dieser ungenügenden Vorlage sei niemand wirklich glücklich. Bei einem zu erwartenden Referendum habe sie an der Urne kaum eine Chance.

Selbst Widmer-Schlumpfs BDP hat grosse Bedenken: Noch immer sei die Vorlage nicht effizient und konkret genug. Mit dem vorgesehenen Zeitplan werde es nicht möglich sein, die Wirkung eines Lenkungssystems auch tat-

sächlich zu erreichen, befürchtet die Partei. Zudem sei die Vorlage bei den Kompetenzen sehr vage und gebe dem Bundesrat eine viel zu hohe Entscheidungsfreiheit, lasse aber andererseits auch sehr viel Rechtsunsicherheit zu.

Klare Ablehnung von rechts

Skeptisch zeigen sich auch FDP und SVP. Die Freisinnigen äusserten sich bereits klar gegen Energie- oder Treibstoffabgaben, was die Vorlage als Möglichkeit offenlasse. Das wird auch von der CVP bemängelt: «Keine Tür für eine mögliche Abgabe auf Treibstoffen öffnen», vermeldete die Partei am Mittwoch via Twitter. Die FDP ihrerseits schlägt vielmehr vor, auf Brennstoff eine CO₂-Lenkungsabgabe zu erheben, die über eine Rückverteilung wettbewerbsneutral wäre.

Auf völlige Ablehnung stösst die Lenkungsabgabe bei der SVP. Ein solches Instrument führe stets zu schlechteren Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb und schade damit dem Werkplatz Schweiz. Statt neuer Regulierungen, Steuern oder Abgaben sei ein konsequenter und radikaler Abbau von Vorschriften und die Reduktion oder Abschaffung sämtlicher Lenkungs- oder Energieabgaben ins Auge zu fassen.

Widmer-Schlumpf muss noch jede Menge Überzeugungsarbeit leisten. Viel Zeit bleibt ihr nun aber nicht mehr.

Nachrichten

Bundesasylzentrum in der Stadt Bern

Bern. In der Stadt Bern entsteht ein Bundesasylzentrum. Die Stadtregierung will dem Staatssekretariat für Migration (SEM) das Zieglerspital temporär für zehn Jahre zu diesem Zweck zur Verfügung stellen. Am Donnerstagabend informierte Gemeinderätin Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) namens der Exekutive die Anwohner des zentrumsnahen Standorts über die Pläne. Wie Teuscher vor rund 400 Zuhörerinnen und Zuhörern ausführte, wird im Verlauf des Jahres 2016 im Zieglerspital ein Bundesasylzentrum entstehen. Die Gemeinderätin rechnet mit rund 350 Asylsuchenden, die dort wohnen werden. Bereits im September hatte der Gemeinderat mitgeteilt, dass er das Zieglerspital «im Rahmen einer Zwischennutzung» zur Unterbringung von Asylsuchenden nutzen möchte. SDA

60 000 Ausländer mehr leben in der Schweiz

Bern. Ende September 2015 lebten 1 987 706 Ausländerinnen und Ausländer ständig in der Schweiz. Das sind drei Prozent oder knapp 60 000 Personen mehr als Ende September 2014. 64,7 Prozent dieser fast zwei Millionen ständig in der Schweiz lebenden Ausländer besitzen eine Niederlassungsbewilligung. Gegenüber den Zahlen vom September 2014 nahm die Zahl der Niedergelassenen um zwei Prozent zu. Bei den Personen mit Aufenthaltsbewilligung, die rund einen Drittel der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung ausmachen, stieg die Zahl innerhalb eines Jahres um 5,4 Prozent. Bei den Kurzaufenthaltern sank die Zahl innerhalb eines Jahres um 7,3 Prozent. SDA

Bundesanwaltschaft nimmt Russin ins Visier

Bern. Die Schweiz ermittelt gegen eine russische Ex-Ministerin wegen des Verdachts auf Geldwäscherei. Sie soll 140 Millionen Dollar veruntreut haben. Die Bundesanwaltschaft bestätigte gestern, dass sie im Frühjahr 2013 gegen eine Ex-Landwirtschaftsministerin und andere Personen Ermittlungen aufgenommen habe. Es seien Gelder blockiert worden. SDA

Die CO₂-Abgabe darf deutlich erhöht werden

St. Gallen. Der Bundesrat darf gestützt auf das CO₂-Gesetz die Lenkungsabgabe für Brennstoffe erhöhen, wenn die Zwischenziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen nicht erreicht werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Beschwerde eines Unternehmens abgewiesen, das sich gegen eine Zahlungsverfügung mit dem auf 60 Franken erhöhten Satz wehrte. Bis Ende 2013 hatte die Abgabe 36 Franken pro Tonne CO₂ betragen. SDA

ANZEIGE

Geht das mit den Offerten auch einfacher?



Mit SmartBusiness von PostFinance erledigen Sie Ihre Offerten und Rechnungen auf Knopfdruck. Ganz einfach.

Jetzt testen auf smartbusiness.postfinance.ch



Besser begleitet.